Berlusconi zu verkaufen", so warnten die Studenten auf einem Transparent vor dem künftigen Einfluß eines Medienzars wie Silvio Berlusconi.

Nicht zufällig begann der Studentenprotest denn auch in Palermo, der ausgepowerten Hauptstadt Siziliens. Vorauszusehen ist nämlich, daß die Gelder der Industrie nicht in die Hochschulen des unterentwickelten italienischen Südens fließen werden, sondern an die nördlichen Universitäten: Im Norden und im Zentrum Italiens studieren etwa doppelt so viele junge Leute in den für die angewandte Forschung wichtigen Bereichen von Naturwissenschaften, Technik und Medizin wie im Süden Italiens.

„Das Gesetz wird die Spaltung unseres Landes in einen florierenden nördlichen Teil und einen unterentwickelten Süden verfestigen", meint Ettore Rocca, ein Sprecher der Studenten in Rom.

Rocca steht für Rationalität und Disziplin der neuen Bewegung. Umgehend stellte sie etwa in Rom Putztruppen ab, um die besetzten Uniräume sauber zu halten. Statt mit dem schrillen Megaphon der 68er werden die Nachrichten des Movimento heute per Telefax übermittelt. „Fax ergo sum", schreiben die Protestler gern auf die Spruchbänder.

Wachsamkeit und hoher Organisationsgrad machen die Bewegung schlagkräftig. „Die Studenten haben ein Gesetz in Frage gestellt, das fast unbemerkt seinen Weg durch die parlamentarischen Instanzen begonnen hatte", sagt ein Germanistik-Dozent in Rom.

Professoren unterstützen den Protest der Studenten in wichtigen Punkten, so Giorgio Tecce, Rektor der römischen Sapienza-Universität. Verträge mit privaten Unternehmen hat er in seiner Fakultät „seit jeher abgelehnt" und wünscht sie auch in der Zukunft nicht.

Wissenschaftsminister Ruberti wich vor dem Protest schon ein wenig zurück: Sein Gesetzesvorschlag sei „verbesserungswürdig", ließ er vernehmen.

Die Veteranen der 68er Revolution allerdings belächeln die Agitation ihrer Nachfahren und sparen nicht mit Kritik: Den jungen Leuten fehle die gesamtgesellschaftliche Vision und jeder historische Bezug. Ahnungslos seien die Demonstranten von Rom zum Beispiel an den großen Stätten der Konfrontation von damals vorbeigetrottet. „Für die besteht der Unterschied zwischen 1968 und heute in 22 Jahren", erbitterte sich ein Ex-Revolutionär in der Tageszeitung *la Repubblica*.

Einer aus dem Trupp der 68er dagegen zeigte Solidarität – er arbeitet als Werbetexter. Im Verfassen griffiger Sprüche geübt, hatte er sich den Slogan „Der Panther sind wir" einfallen lassen. Den stellte er den neuen Rebellen zur Verfügung – gratis und per Fax.

Kenia

Insekt im Hirn

Eine Umweltschützerin bezwang den architektonischen Größenwahn des Präsidenten.

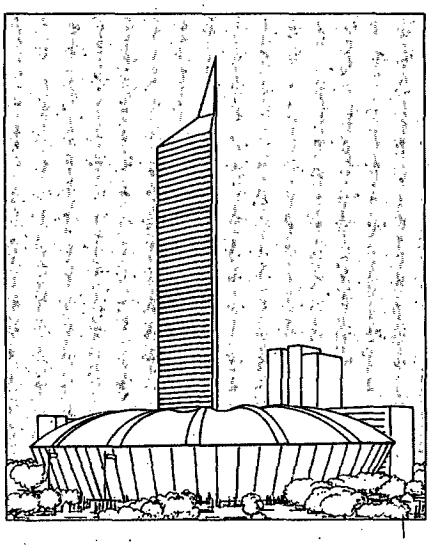
Der Staatschef war der erste Umweltschützer seines Landes. Auf sein Geheiß pflanzten Bauern Bäume, um die drohende Versteppung des Landes aufzuhalten. Aus Sorge um den devisenbringenden Safari-Tourismus zündete er im vergangenen Jahr medienwirksam einen Scheiterhaufen mit konfisziertem Elfenbein an. Die Vereinten Nationen ehrten ihn mit ihrem Umweltpreis Global 500.

Doch dann verlor Kenias Präsident Daniel arap Moi seinen Ruf als Naturfreund. Den hatte ihm eine Untertanin streitig gemacht: Wangari Maathai, 48, Professorin für Anatomie und Gründerin der Grüngürtel-Bewegung, Afrikas erfolgreichster Öko-Initiative.

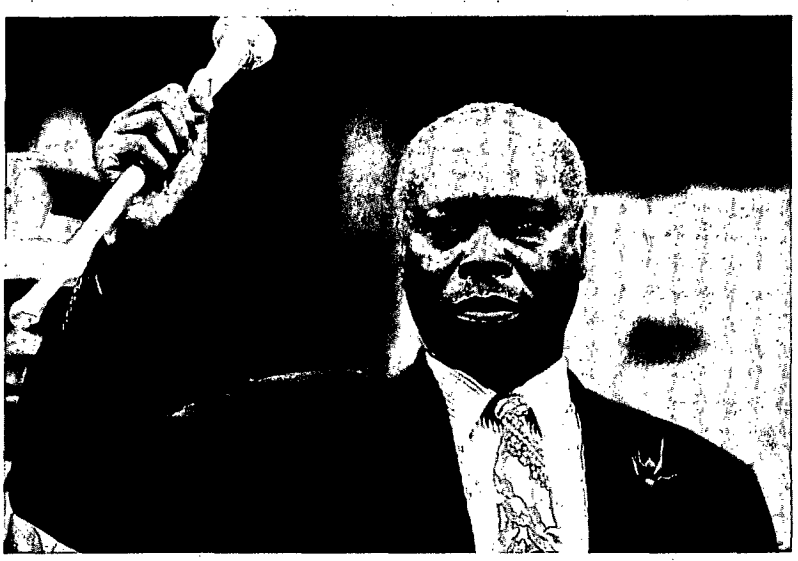
Die Umweltschützerin Maathai trat zum Kampf gegen Mois Lieblingsprojekt an, einen 60 Stock hohen Betonklotz, der ausgerechnet in Nairobis grüner Lunge, dem Uhuru(Freiheits)-Park, errichtet werden sollte. Nun fällt der Riesenturm.

Er hatte die Nation gespalten. Was kenianische Politiker als „größtes und modernstes Bauwerk Schwarzafrikas" sowie „als architektonische Bereicherung der Skyline" der Hauptstadt feierten, nannte die streitbare Ökofeministin schlicht „einen katastrophalen Verlust für den Park" und „eine Entwicklung, die Zerstörung bedeutet".

Bauherrin des Prestigeobjekts (Kosten: 340 Millionen Mark) ist der Kenya Times Media Trust, ein Medienunternehmen, das zu 55 Prozent der Einheitspartei Kanu und zu 45 Prozent dem britischen Pressemagnaten Robert Maxwell gehört. Der Wolkenkratzer sollte die Re-







Ökologin Maathai, Präsident Moi, Streitobjekt (o.): „Diese Frau hat die Grenze überschritten"



Fordern Sie unsere Broschüren an – oder sprechen Sie mit dem Fachhändler Ihres Vertrauens.

DOM
SICHERHEITSTECHNIK
Postfach 1949
D-5040 Brühl/Köln

Ich möchte Ihre Broschüren „Schließtechnik heute"

NAME/FIRMA

STRASSE

ORT

SP 6

daktionen von Parteizeitungen, Konferenzsäle für 6000 Personen, Geschäfte, Parkplätze und einen Fernsehsender aufnehmen, den Eingang eine zehn Meter hohe Statue des Präsidenten zieren.

Die Einwohner der 1,5-Millionen-Metropole Nairobi fürchteten zu Recht, der geplante Monsterbau werde den Uhuru-Park, den beliebtesten Picknick- und Kinderspielplatz der Hauptstadt, zerstören. Vorsichtig äußerte der Architektenverband Besorgnis über die Umweltbelastung. So richtig aufzumucken wagt niemand im autoritär regierten Kenia – außer Wangari Maathai.

„Ich spreche für die Mehrheit in diesem Land, die sich einfach nicht traut, den Mund aufzumachen", sagte die Ökologin, und die Mehrheit kennt sie. Sie ist Kenias erste promovierte Frau; die von ihr gegründete Grüngürtel-Bewegung, die heute 39 000 Mitglieder, meist Frauen, zählt, hat schon mehr als sieben Millionen Bäume gepflanzt.

1984 erhielt Wangari Maathai den alternativen Nobelpreis für Umweltschutz, vergangenes Jahr wählte die Drittwelt-Organisation „Women Aid International" sie zur Frau des Jahres.

Schon oft hat Maathai der Obrigkeit getrotzt: 1981 etwa wurde sie in ihrem Scheidungsprozeß zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie ihren Richter als „entweder korrupt oder inkompetent" bezeichnet hatte. Nach einer öffentlichen Entschuldigung kam sie nach wenigen Tagen wieder auf freien Fuß.

Daß die Umweltschützerin sich wegen des geplanten Prestigebaus mit der Staatspartei Kanu anlegte, in der sie selbst Mitglied ist, führte zu einer regelrechten Hexenjagd auf sie.

„Sie hat wohl vergessen, daß nach afrikanischer Tradition die Frauen vor den Männern Respekt haben sollen", drohte Präsident Moi, „diese Frau hat die Grenze überschritten." Und dann fragte das patriarchalisch regierende Staatsoberhaupt, ob die Frau Professor wohl ein Insekt in ihrem Hirn habe.

Kenianische Frauen seien folgsam und widersprächen ihren Männern nicht, mahnte auch die Vorsitzende des staatstreuen Frauenverbandes „Maendeleo", Wilkista Onsando, und legte der Einheitspartei Kanu nahe, die „Abweichlerin" Maathai umgehend auszuschließen.

In gewohnter Einhelligkeit forderten die Abgeordneten des Parlaments gar ein Verbot der gesamten Grüngürtel-Bewegung als einer „Clique von geschiedenen Frauen". Die Initiative sei – so der Minister im Präsidentenamt, Burudi Nabwera, – eine Tarnorganisation, über die Ausländer „Geld für subversive Aktivitäten" ins Land schleusten.

Hintergrund der Anklage: Die Arbeit der grünen Frauen wird hauptsächlich über Spenden von Hilfsorganisationen in Skandinavien, den Niederlanden, den USA sowie der Vereinten Nationen finanziert.

Ende Dezember erhielten die Mitarbeiterinnen der Öko-Bewegung einen Räumungsbefehl für ihre bisher vom Staat zur Verfügung gestellten Büros. Das Amt für die Zulassung von Vereinen forderte die Frauen auf, binnen drei Wochen einen kompletten Rechenschaftsbericht über die Buchführung der vergangenen fünf Jahre vorzulegen. Der Bewegung drohte ein Verbot.

„Sie wollen die Technologie des 21. Jahrhunderts und die Frauen von vor 500 Jahren", sagt Wangari Maathai. Die Professorin gab nicht auf, obgleich die Staatsmacht immer böser zurückschlug. Wangari Maathais Ersuchen um einen gerichtlichen Baustopp war mit der Begründung abgewiesen worden, nur der Generalstaatsanwalt könnte ein im öffentlichen Interesse liegendes Anliegen vorbringen. Vergeblich hatte sie eine Massendemonstration im Uhuru-Park beantragt.

Sogar an die britische Botschaft wandte sich die Umweltschützerin um Hilfe. „Warum sollte man hier in Nairobi das tun können, was niemand im Londoner Hyde Park oder New Yorker Central Park versuchen würde?"

Dadurch aber geriet Frau Maathai erst recht ins Feuer: Sie habe einen Hilfeappell an die ehemalige Kolonialmacht gerichtet, verbreiteten ihre Gegner.

Die britische Botschaft habe lediglich ihre Bitte an Robert Maxwell weiterleiten sollen, „die Stimme der schweigenden Mehrheit der Kenianer" nicht zu ignorieren, die ihre Umwelt erhalten wollen, verteidigte sich die Umweltschützerin.

Unerwartete Hilfe für die Turmkritiker um Wangari Maathai kam Ende Januar von Kenias internationalen Finanziers: Auf einer Konferenz der Weltbank und der wichtigsten Geberländer des ostafrikanischen Staates in London war auch über das Prestigeprojekt in Nairobi debattiert worden.

Kenia stand nicht gut da: Das Parlament in Nairobi hatte der Regierung Schuldverschreibungen in Höhe von 400 Millionen Dollar bewilligt, obgleich vom Internationalen Währungsfonds nur 100 Millionen erlaubt worden waren. Mit rund fünf Milliarden Dollar steht das Land bei Geberländern und internationalen Finanzinstitutionen in der Kreide, der Schuldendienst frißt etwa ein Drittel der Exporteinnahmen.

Als die USA in London einen Teilerlaß der kenianischen Schulden anboten, wenn das Mammutprojekt in seiner geplanten Gestalt fiele, gaben die Kenianer nach: Der Prestigeturm im Uhuru-Park schrumpft zu einem wesentlich kleineren Konferenzzentrum mit Hotel. ◄